

# Deutscher Bundestag - Stenografischer Dienst -

Telefax-Nr.: 36178, 36179, 36180

Telefon-Nr.: 31596

Amtsvorwahl: 227-

**Hartmut Koschyk**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:  
Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir heute über die Lage der Kommunen in Deutschland diskutieren; denn wir, die wir in der Bundespolitik Verantwortung tragen, tragen oft auch Verantwortung in den Kommunen: als Stadträte, als Kreisräte, als Gemeinderäte. Wir wissen, dass die Kommunen die Wiege unserer Demokratie sind, dass das, was Bürger an Daseinsvorsorge von der Gemeinschaft erwarten, in erster Linie in den Kommunen gestaltet wird. Deshalb müssen wir uns Gedanken machen, wie wir die kommunale Finanzausstattung in Zukunft verbessern.

In der heutigen Debatte ist schon deutlich geworden, dass die finanzielle Lage der Kommunen zum einen auf die schwerste Krise, die unser Land nach dem Kriege durchmachen musste, zurückzuführen ist. Zum anderen ist sie darauf zurückzuführen, dass unsere Kommunen strukturelle Haushaltsprobleme haben, die durch die Veränderung ihrer Einnahmesituation, aber auch ihrer Ausgabenbelastung gelöst werden müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der  
FDP)

Beiden Herausforderungen stellt sich diese Bundesregierung.

Ich bin Frau Kollegin Tillmann sehr dankbar, dass sie deutlich gemacht hat, welche Impulse die Volkswirtschaft unseres Landes durch Wachstums- und Entlastungsmaßnahmen der Vorgängerregierung, aber auch der jetzigen Regierung - denken Sie allein an das Jahr 2010 - erhalten hat. Ich bedaure wirklich sehr, dass sich die SPD so schnell von den Maßnahmen verabschiedet, die sie selber mit auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß  
(SPD): Welche meinen Sie denn? Das ist doch  
Quatsch!)

Wenn man das Bürgerentlastungsgesetz, die Konjunkturpakete I und II, das Familienleistungsgesetz und die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes zusammennimmt,

(Joachim Poß (SPD): Das waren doch in erster Linie  
unsere Maßnahmen, nicht Ihre!)

dann beträgt der Wachstumsimpuls in Deutschland, der allein im Jahr 2010 haushaltswirksam wird, 30 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das sollte man nicht kleinreden.

Wir wissen doch: Wir haben 2005, als Angela Merkel die Regierungsverantwortung übernommen hat, die kommunalfeindliche Politik von sieben Jahren Rot-Grün beendet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch  
bei der SPD)

Es ist hier deutlich gesagt worden, dass Sie noch im letzten Jahr der Regierungsverantwortung von Gerhard Schröder die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Unterkunft auf null gesenkt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der  
FDP)

Wir haben die Beteiligung des Bundes, als wir in Regierungsverantwortung gekommen sind, wieder erhöht.

(Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie  
haben sie gerade gesenkt!)

- Gegenüber Ihrem letzten Ansatz von 2005 haben wir sie erhöht. Sie wollten sie auf null senken.

Eines haben wir in den letzten Jahren gespürt - daran sollte sich vor allem die SPD erinnern -: Die Maßnahmen, die wir gemeinsam in der Großen Koalition 2005 eingeleitet haben, haben bis zum Hereinbrechen der Krise im Jahr 2008/2009 zu Wachstumsimpulsen geführt. Peter Götz hat zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Maßnahmen in den Jahren 2006, 2007 und 2008 bis in das Jahr 2009 hinein zu einer einmaligen Finanzsituation der Kommunen geführt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es ist richtig, dass mit den Maßnahmen der Vorgängerregierung und den Maßnahmen, die die christlich-liberale Regierung im Anschluss ergriffen hat, eine Rückkehr zum Wachstum in Deutschland erfolgt. Dies wird zu einer verbesserten Einnahmesituation der Kommunen führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wachstumsimpulse sind richtig und wichtig.

Wir werden uns mit großer Entschiedenheit aber auch den strukturellen Problemen in den kommunalen Haushalten stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Noch im Februar wird das Kabinett den Beschluss fassen, dass eine Kommission eingesetzt wird, der Vertreter der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände angehören.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: Oh!)

Das haben Sie in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung versäumt. Sie haben sich nie grundsätzlich um stabile Kommunalfinanzen gekümmert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kollegen von der SPD, wir gehen ergebnisoffen und ohne Tabuisierung an die Themen heran. Ich kenne eine Reihe von Kommunalpolitikern, auch aus den Reihen der SPD, die sich längst vom Dogma des Festhaltens an der Gewerbesteuer verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Über die Abschaffung der Gewerbesteuer müssen wir mit den kommunalen Spitzenverbänden ohne Tabu sprechen.

Eines ist klar: Auch innerhalb des Deutschen Städtetages gibt es längst eine andere Sicht. Ich glaube schon, dass die Großstädte nach wie vor ohne Wenn und Aber an der Gewerbesteuer festhalten wollen. In kleineren und mittleren Städten ist eine Debatte darüber entbrannt, ob die Kommunen durch ein Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden

mit anderen, stetigen, nicht so konjunkturabhängigen Steuereinnahmen ausgestattet werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will auch etwas zur Struktur der Ausgaben sagen. Ich bin Mitglied eines Kreistags. Dort ist man sich über alle Fraktionen hinweg einig, dass die Bundespolitik manchmal Standards setzt, deren Umsetzung für die Kommunen hohe Kosten bedeutet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin sehr gespannt darauf, wie Sie sich in dieser Kommission zu den Vorschlägen Ihrer eigenen Kommunalpolitiker stellen, ebendiese Standards zu verändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP –  
Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD): Da haben wir  
weniger Schwierigkeiten als Sie!)

Selbstverständlich müssen wir in dieser krisenhaften Situation der Kommunalfinanzen auch die Länder an ihre Pflicht erinnern. Ich bin dem Kollegen Brauksiepe sehr dankbar dafür, dass er mir auf der Regierungsbank gerade gesagt hat, dass es in Nordrhein-Westfalen noch nie eine so hohe Zuweisung an die Kommunen gegeben hat wie in den letzten Jahren:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Jahr 2009 waren es 8 Milliarden Euro; 2010 werden es 7,6 Milliarden Euro sein. Davon konnten die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nur träumen, als Sie dort Regierungsverantwortung getragen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß  
(SPD): Der lügt ja schneller als ein Rennpferd laufen  
kann!)

Angesichts dessen rate ich Ihnen: Hören Sie mit diesen  
Fastnachtsmäzchen auf. Arbeiten Sie über Ihre Landesminister in der  
Regierungskommission, die wir einsetzen, mit. Hören Sie auf, die Dinge zu  
tabuisieren. Stehlen Sie sich nicht aus Ihrer Mitverantwortung für die  
Unwucht bei den Kommunalfinanzen; schließlich waren Sie viele Jahre in  
Regierungsverantwortung. Durch das, was diese Regierung auf den Weg  
gebracht hat, werden Wachstumsimpulse gesetzt. Mehr Wachstum wird den  
Kommunen mehr Einnahmen bescheren. Wir wollen die Grundfrage der  
kommunalen Finanzierung auf der Einnahme- und auf der Ausgabenseite  
endlich einmal grundsätzlich angehen, und wir wollen nicht so ein Flickwerk  
produzieren, wie Sie es getan haben, als Sie in der  
Regierungsverantwortung gewesen sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)